

Bauern gegen links

551 Fragen zu Vereinen wie „Omas gegen Rechts“:
Die CDU sorgt sich um die „politische Neutralität“ von
geförderten Verbänden. Hat Friedrich Merz
vergessen, wer die treuesten Freunde der Union sind?

Von Volker Weiß

Die Unionsfraktion im Bundestag sorgt sich in einer Kleinen Anfrage um die „parteipolitische Neutralität staatlich geförderter Institutionen“, wobei „klein“ hier lediglich den Charakter des parlamentarischen Kontrollmittels bezeichnet. Der Umfang war in diesem Fall nämlich etwas größer: Auf 32 Seiten listet das von den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion Friedrich Merz und Alexander Dobrindt unterzeichnete Papier 551 Einzelfragen auf, die sich um die Frage der „politischen Neutralität“ von Vereinen drehen.

Allerdings geht es nicht um irgendwelche Zusammenschlüsse, die Auswahl macht deutlich, welche den Verfassern ein Dorn im Auge sind. So geht es zunächst um Gruppen, die bei den Protesten gegen die migrationspolitischen Anbiederungen der Union an die AfD federführend waren oder sich in der Vergangenheit besonders um

Das Ganze atmet unverkennbar einen Hauch Viktor Orbán

Aufklärung über die extreme Rechte bemüht haben: Campact, *Correctiv*, das Netzwerk Recherche, die „Omas gegen Rechts“ und die Amadeu-Antonio-Stiftung. Von besonderem Interesse sind für die Fragesteller Auskünfte über Förderungen durch das Bundesprogramm „Demokratie leben“, das 2014 während der CDU-geführten großen Koalition ins Leben gerufen worden war. Offensichtlich will die CDU heute von ihrer einstigen Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten nichts mehr wissen. Selbst NGO-Dinosaurier wie Attac, Greenpeace und der BUND sollen auf ihre politische Neutralität hin bewertet werden. Das Ganze atmet unverkennbar einen Hauch Viktor Orbán.

Zur Begründung beruft sich die CDU-Anfrage auf einen Bericht der Tageszeitung *Welt*, den sie paraphrasiert: „Manche Stimmen sehen in den NGOs eine Schattenstruktur, die mit staatlichen Geldern indirekt Politik betreibt.“ Die angegebene Quelle spricht dabei im Stil der Verschwörungsideologien sogar von einem „Deep State“. Mit diesem Begriff waren ursprünglich einmal Strukturen bezeichnet worden, die sich dem geltenden Recht entziehen und als „Staat im Staat“ im Verborgenen die herrschende Macht absichern, vornehmlich in Form von Geheimdiensten, Wirtschaftskartellen und Paramilitärs. Seit geraumer Zeit wird unter dem ohnehin schon kruden Schlagwort gegen zivilgesellschaftliche Organisationen agitiert, deren Agieren völlig rechtskonform ist. Spätestens mit Donald Trump wurde die Rede vom „Deep State“ ins Repertoire des autoritären Illiberalismus aufgenommen. Nun waren damit nicht mehr antidemokratische Strukturen gemeint, mit deren Hilfe sich mafiöse Gruppen ihren Einfluss sichern, sondern Organisationen, die auf Transparenz und Gleichberechtigung pochten.

Es entbehrte nicht der Ironie, als der neue US-Präsident in seinen ersten Amtstagen durch die serielle Unterzeichnung von Präsidialerlassen die demokratischen Kontrollorgane der USA außer Gefecht setzte, dieses Vorgehen als Kampf gegen den „Deep State“ bezeichnete. Zugleich holte er seinen Milliardärs-Buddy Elon Musk ins Team, der Trumps Wahl mit Wahlkampfspenden und Gaben an einschlägige Organisationen massiv unterstützt hatte, schuf somit seine eigene „Schattenstruktur“.

Merz zeigt, was die Zivilgesellschaft unter seiner Regierung erwartet

Offenbar findet dieses Vorgehen auf dieser Seite des Atlantiks Bewunderer. Im Zusammenspiel mit dem Musk-begeisterten Hause Springer zeigt Friedrich Merz nun, was die Zivilgesellschaft unter seiner Regierung zu erwarten hat. Mit seinem Vorstoß ist die vom Thüringer AfD-Fraktionschef Björn Höcke erhobene Forderung nach „Trockenlegung der Zivilgesellschaft“ zum Projekt der kommenden Bundesregierung avanciert. Das bleibt bei den Stichwortgebern nicht unbemerkt, die sächsische AfD hat die CDU-Anfrage so gleich genüsslich für eine eigene adaptiert. Neben der gesamten Machtart konnte sie den Satz von der zivilgesellschaftlichen „Schattenstruktur, die mit staatlichen Geldern indirekt Politik betreibt“, aus dem CDU-Text gleich wörtlich übernehmen.

Das Interesse hinter den Angriffen wird vor allem deutlich, wenn man sie im Gegensatz mit den eigenen Praktiken der Antragsteller betrachtet. Schließlich gibt es eine Reihe zivilgesellschaftlicher Organisationen, bei denen CDU/CSU keinerlei Bedenken hinsichtlich parteipolitischer Neutralität formulieren, obwohl, oder besser: weil sie deutlich im parteipolitischen Sinn handeln. Besonders sichtbar zeigte sich dies im traditionellen Nahverhältnis, das die

Union zu den Organisationen der Vertriebenen pflegte. Deren Landsmannschaften, Kulturvereine und Sozialwerke genießen meist alle Vorteile der Gemeinnützigkeit und wurden jahrzehntelang üppig mit Bundes- und Landesmitteln versorgt. Politisch positioniert waren sie immer, spätestens 1970 wurde mit der „neuen Ostpolitik“ der Regierung Brandt die ohnehin schon dünnen Bande der Vertriebenen zur Sozialdemokratie zerschnitten. Gemeinsam mit der CDU demonstrierten sie damals gegen die faktische Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der DDR, wobei die dabei auffallende Parole „Brandt an die Wand“ durchaus Zweifel an der Neutralität dieser Veranstaltungen zuließen. Mit ähnlichen Freundlichkeiten wurden noch Jahrzehnte später Bundesinnenminister Otto Schily und die Grünen-Politikerin Antje Vollmer bedacht, als sie auf Treffen der Sudeten-deutschen für die europäische Einigung und Aussöhnung mit Osteuropa warben.

Traditionell waren nicht nur die Bindungen der Sudetendeutschen und der CSU besonders eng, auch alle Vorsitzenden des übergeordneten Bundesverbandes der Vertriebenen nach 1970 waren Bundestagsabgeordnete der Unionsparteien – Herbert Czaja (CDU), Fritz Wittmann (CSU), Erika Steinbach (CDU), Bernd Fabritius (CSU) – und agierten in deutschland-beziehungsweise ostpolitischen Fragen hochgradig parteiisch, mitunter regelrecht destruktiv. Das System beruhte auf gegenseitigem Geben und Nehmen, in dem die Unionsparteien politische Unterstützung und überreichlich staatliche Förderung bereitstellten, dafür im Gegenzug eine zuverlässige Basis hatten. Demografiebedingt sind heute die fetten Jahre der Vertriebenenverbände vorbei, aber noch im Geschäftsbericht 2023 weist der BdV als gemeinnütziger Verein und „institutioneller Zahlungsempfänger des Bundes“ Zuwendungen der öffentlichen Hand von über 3,5 Millionen Euro aus, darunter direkte Förderungen und Projektmittel. Zum Vergleich: Greenpeace und Attac, deren Wirken gerade durch die CDU/CSU skandalisiert wird, verzeichnen im selben Jahr keinerlei Zuschüsse über der Relevanzgrenze von 10 000 Euro.

An die subventionierte deutsche Landwirtschaft wagt sich keiner heran

Noch deutlicher wird die Schlagseite der Anfrage mit Blick auf den Deutschen Bauernverband. Dieser ist ein eingetragener Verein mit einer immensen Reichweite. Seine Lobbyisten wirken in zahlreichen Ausschüssen und Verbänden und setzen die Belange der Landwirtschaft durch. Selbst Politiker, bei denen das Lob der ungehemmten Kräfte des freien Marktes zum täglichen Glaubensbekenntnis zählt, wagen es nicht, Hand an die hochgradig subventionierte deutsche Landwirtschaft zu legen. Als Berufsverband agiert der Bauernverband nicht parteipolitisch neutral, sondern im Interesse seiner Mitglieder.

Der Transparenzinitiative Lobbycontrol gilt er als eine der mächtigsten Lobbyorganisationen der Bundesrepublik, die ihre Aktionsmöglichkeiten wiederholt eindrücklich unter Beweis gestellt hat. Die jährlichen Subventionen für seine Klientel durch EU und Bund werden mit mehr als neun Milliarden angegeben, hinzu kommen Förderungen für landwirtschaftliche Versorgungswerke. Als unmittelbare Zuwendungen erhielt der Verein allein 2023 vom Bund 1,7 Millionen, zudem beantragt der Bauernverband wie auch andere NGOs Projektmittel von Bund und Ländern und erhält weitere Finanzhilfen auf Landesebene und an Unterorganisationen. Neutral ist er jedoch keineswegs, sondern inhaltlich und personell eng mit den Unionsparteien (und Freien Wählern) verbunden. Angesichts der Pläne zur Streichung von Agrarsubventionen hat der Verband federführend zu den Bauernprotesten gegen die Bundesregierung und vor allem die Grünen mobilisiert. In der Anfrage der CDU/CSU kommt er nicht vor.

Als Reaktion auf den Vorwurf, der AfD zuzuarbeiten und die zivilgesellschaftlichen Barrieren einzureißen, stellen Merz und Dobrindt also eine Parlamentsanfrage, mit der sie der AfD zuarbeiten und die zivilgesellschaftlichen Barrieren einreißen. In der aktuellen Förderungsphase des angefeindeten „Demokratie leben“-Programms bezieht derzeit als einzige parteinahe Stiftung die Adenauer-Stiftung 188 000 Euro Projektmittel für eine „Demokratie Starterbox“. Vielleicht sollte sie der Fraktionsspitze davon ein Exemplar zukommen lassen?

Volker Weiß, geboren 1972, ist Historiker und Publizist. Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist die Geschichte und Gegenwart der extremen Rechten, ebenso ist von ihm „Das Deutsche Demokratische Reich: Wie die extreme Rechte Geschichte und Demokratie zerstört“ erschienen (Klett-Cotta).



Ein Mann mit zwei Seiten: Donald Trump, der 47. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. FOTO: E. FRANZT/REUTERS

Nehmen wir an, er hat einen Plan

Ein Machtmensch zwischen grobem Berserker und zynischem Strategen:
Wie sehr ähnelt Trump dem römischen Kaiser Caligula? Von Michael Sommer

Der Eklat zwischen US-Präsident Donald Trump und dem ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenskij im Weißen Haus hat nicht nur die Brutalität entlarvt, mit der die Trump-Administration gerade das abwickelt, was in Europa als die „regelbasierte Weltordnung“ galt. Es offenbart auch die Schwierigkeiten, vor denen Historiker stehen, wenn sie über unzureichende Quellen verfügen – was praktisch immer der Fall ist – und aus der Rückschau das Weltgeschehen deuten wollen.

Zunächst zu den Quellen. Was haben wir an diesem jetzt schon historischen 28. Februar 2025 gesehen? Wir sind Zeugen geworden, wie der amerikanische Vizepräsident und der Präsident im Oval Office vor ausgewählten Medien den ukrainischen Präsidenten beschimpft und angebrüllt haben. Dankbar habe er, Selenskij, zu sein. Er sei nicht in der Position, irgendwelche Forderungen zu stellen oder überhaupt das Geschehen zu bewerten. Die Art und Weise, wie das Gespräch geführt wurde, lässt vermuten, dass die öffentliche Demütigung Selenskij sorgfältig orchestriert war. Aber ganz sicher ist auch das nicht.

Auf Facebook beschrieb ein deutscher Journalist Trumps Auftritt als „Caligula-Verhalten“. Damit dürfte er den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Doch welchen Caligula haben wir hier erlebt? Der dritte römische Kaiser galt als jähzornig und erratisch. Der Publizist und spätere Friedensnobelpreisträger Ludwig Quidde hat in einer kleinen Schrift über Caligula bei seinem Protagonisten „Cäsarenwahnsinn“ festgestellt.

Quellenkritik hilft nicht zu entscheiden, ob der Herrscher richtig im Kopf war

In der Diagnose konvergieren Größenwahnsinn, äußerste Brutalität und die kolossalen Wirkungsmöglichkeiten eines Herrschers. Hinter der Maske Caligulas verbarg sich damals, 1894, der deutsche Kaiser Wilhelm II. Es gibt allerdings auch noch einen zweiten, ganz anderen Caligula. Der Althistoriker Aloys Winterling hat vor gut zwanzig Jahren den Despoten als einen zwar zynischen, aber planmäßig agierenden Herrscher porträtiert. Caligulas

scheinbar sinnloses Wüten habe darauf abgezielt, die Senatoren systematisch zu demütigen und so das Verhältnis zwischen Kaiser und römischer Elite neu auszutarieren. Bizarre Episoden wie die Ernennung von Caligulas Lieblingssperd Incitatus zum Konsul und der Triumph über den Meeressgott Neptun beziehen von hier ihren Sinn, meint Winterling.

Während Quidde der Deutung der römischen Gewährsleute Tacitus, Sueton und Cassius Dio folgt, die unisono die Zurechnungsfähigkeit des Herrschers in Zweifel zogen, bürstet Winterling dieses vermutlich kurz nach dem Tod des Kaisers entstandene Caligula-Bild gegen den Strich. Doch unabhängig von der Deutung enthalten die Quellen viele Elemente, die nur Ereignisse referieren. Das Problem für den Historiker besteht darin, dass diese Berichte mit beiden Caligulas problemlos in Deckung zu bringen sind: mit dem Quidde-Caligula genauso wie mit dem Winterling-Caligula. Für die Frage, welchen Caligula wir bevorzugen, geben die Quellen keinerlei Anhaltspunkt her. Sie entscheidet sich nach unseren Prämissen. Wir mögen uns küchenpsy-

chologische Theorien zurechtlegen, aber wir können keinen Blick ins Innenleben des Kaisers hinein tun. Keine Quellenkritik hilft uns zu entscheiden, ob Caligula richtig im Kopf war oder nicht.

Genauso verhält es sich mit Donald Trump. Die Auftritte und Reden des Präsidenten seit dem 20. Januar, die Quellen also, sind mit zwei grundverschiedenen Trump-Bildern in Einklang zu bringen: dem eines impulsiven Berserkers, der Entscheidungen aus dem Moment heraus trifft und deutliche Züge des Quidde'schen Cäsarenwahns trägt. Und dem eines Präsidenten, der die Strategie des America first ohne Rücksicht auf Verluste verfolgt. Der einer zwar radikalen und möglicherweise sinistren, in jedem Fall für uns Europäer und die Ukraine schmerzhaften, aber letztlich rationalen, wenn auch nicht in allen seinen Windungen nachvollziehbaren Plan hat.

Kein Detail der Quellen steht im Widerspruch zu einer der beiden Deutungsvarianten. Für welche wir uns entscheiden, hängt allein davon ab, von welchem Bild des 45. und 47. US-Präsidenten wir ausgehen. Obwohl er noch lebt, ist uns auch bei Trump der Blick in seinen Kopf versagt. Kein Psychiater wird den mächtigsten Mann der Welt je auf die Couch legen.

Wenn wir in Trump den Irren sehen, was etliche Kommentatoren getan haben, ist die Sache relativ einfach. Gegen einen Wahnsinnigen im Oval Office ist kein Kraut gewachsen. Mit welcher Strategie sollte man sich gegen einen Verrückten zur Wehr setzen? Da hilft nur: Augen zu und durch. Komplizierter liegen die Dinge, wenn wir unterstellen, der Präsident verfalle einem Plan. Welcher darf es sein? Wieder stoßen wir in einen absolut quellenfreien Raum vor, so dass Fantasie und Spekulation keine Grenzen gesetzt sind. Will Trump einfach nur bessere Bedingungen für seinen Rohstoffdeal mit der Ukraine heraushandeln? Möchte er über Bande einen Regimewechsel in Kiew erzwingen, indem er den Ukrainern klarmacht, dass sie mit einem Präsidenten Selenskij künftig wenig Gutes aus Washington zu erwarten haben? Verfolgt er womöglich sogar noch weiter gehende Ziele?

Einige Kommentatoren behaupten, Trump wolle über die Köpfe von Ukrainern und Europäern so schnell wie möglich zu einer Einigung mit Putin kommen. Auch den Grund wollen sie schon wissen: Moskau sei Washingtons künftiger Bundesgenosse gegen Peking. Diese Interpretation klingt, als hätte Trump für seine Weltpolitik bei Tom Clancy nachgeschlagen. Alle diese Deutungen finden sich in den Medien, und sie haben, gemessen am Vetorecht der Quellen, alle dieselbe Plausibilität.

Das Tröstliche daran ist, dass jeder vorerst noch mit seiner eigenen Wahrheit leben und sich seinen eigenen, ganz persönlichen Donald Trump malen kann. Vielleicht werden wir den Präsidenten bald besser kennenlernen. Für eines ist der Eklat im Oval Office jedenfalls gut: Nichthistoriker verstehen jetzt ein wenig besser, warum die Wahrheiten von Historikern so subjektiv sind. Sagen, was war: Das geben die Quellen nur in den seltensten Fällen her.

Der Autor **Michael Sommer** ist ein deutscher Althistoriker und Professor für Alte Geschichte an der Universität Oldenburg. Er befasst sich vor allem mit der Wirtschafts-, Sozial- und Mentalitätsgeschichte der römischen Kaiserzeit.

Wie man an der Weltlage nicht irrewird

Während die USA Europa die Solidarität aufkündigen, treffen sich die Schriftsteller des Kontinents in Krakau zum Literaturfest. Wieder einmal müssen sie eine neue Sprache finden – auch für die kommenden Kriege.

nen Literaturpreis, und das städtische Festivalbüro hat Schreiber mit seiner Einmann-Organisation ohne Weiteres seine Räume in dem fast 800 Jahre alten Patrizierhaus überlassen. Dafür sind nun aber auch Judith Hermann, Jakub Maleski, Andrzej Stasiuk und Robert Menasse ange-reist. Der neue Krieg in Europa ist ein Thema mehrerer Autoren wie Andrzej Kurkow und Juri Andruchowitsch. Dabei ist doch der vorhergehende nach 80 Jahren noch nicht einmal ganz aufgearbeitet. Das ist ein Thema nicht nur bei Andrzej Stasiuk, auch bei Francesca Melandri und Pieter van Os. Besonders in Polen, in dem die deutschen Besatzer Millionen Menschen ermordeten und das sie so stark verwüsteten, ist der Zweite Weltkrieg täglich und an jeder Straßenecke präsent. Und auch das Bewusstsein für die Massaker, die ukrainische Nationalisten an Polen begingen und die bis heute die Beziehungen belasten, sogar im laufenden Präsidentschaftswahlkampf ausgebeutet werden.

Der rumänische Autor **Radu Vancu** steigt in seinem neuen Buch „Kaddisch“ mit seiner Protagonistin in Kriegsgräber

hinab, birgt mit ihr Leichen und Literatur. Sie entdecken Gedichte, versteckt in der Manteltasche des ungarischen Dichters Miklós Radnóti, ermordet von den Nazis. 80 Jahre später geschieht eine „Aktualisierung der Geschichte“, erzählt **Vancu** in Krakau. Die Schriftstellerin Victoria Amelina findet das vergrabene Tagebuch des Autors Wolodymyr Wakulenko, den Russen in Isjum ermordeten. Im Jahr darauf stirbt Amelina, 37, bei einem russischen Raketenangriff in Kramatorsk.

Was ist das Schreiben wert angesichts all der Vernichtungswut? „Wir schreiben, um zu beweisen, dass wir nicht von der gleichen Art sind wie unsere Mörder“, sagt Vancu und findet seine Antwort „befehlsmäßig“. Die Literatur, sagt er, sei doch „ein lebendiger Beweis dafür, dass unsere menschliche Ethnie die Ressourcen hat, um zu siegen. Und unsere wichtigste Ressource ist die Schönheit“.

Der 46-jährige **Vancu** schreibt nicht nur über Kriege und bringt ukrainische Literatur nach Rumänien, er kämpft in seinem Land auch gegen Korruption, gegen illibereale und antidemokratische Tendenzen.



An die ukrainischen Schriftsteller Victoria Amelina und Wolodymyr Wakulenko wurde auch beim Literaturfest in Krakau erinnert. FOTO: IMAGO/ZUMA WIRE

Auch ein Kampf, der nach 1989 nicht aufgehört hat, sondern an Fahrt aufnimmt.

Der polnische Publizist Adam Michnik, 78 Jahre alt, kennt ihn gut, saß in der Volksrepublik Polen mehrmals in Haft, überstand mit der von ihm gegründeten *Gazeta Wyborcza* gerade acht Jahre staatlich gelenkte Zerstörungswut unter der rechtsnationalistischen PiS-Regierung. Wird man denn nicht müde, wenn mal wieder die Weltordnung zusammenbreche, fragte ihn der Moderator und Übersetzer Olaf Kühl. „Jeder solle so leben, als ob das Schicksal von ihm selbst abhänge“, habe Michnik geantwortet, erzählt Kühl, zurück in Berlin, später am Telefon. Michnik hat sich dabei offenbar auf ein Zitat des Pfarrers Dietrich Bonhoeffer bezogen, den die Nazis im KZ Flossenbürg ermordeten.

Besonders die ganz alten Männer wie Michnik und der 87-jährige litauische Dichter Tomas Venclova, sagt Kühl, hätten Ruhe in die aufgeregten Debatten angesichts der sorgenvollen Stimmung gebracht. Leider seien Politiker heute zu jung, um den Zweiten Weltkrieg noch erlebt zu haben – „das ist gefährlich“.

Der Este Paavo Matsin hat der Schwere der Debatten als letzter Podiumsgast noch etwas hinzuzufügen. Erstens sei, wer schreibe, auch frei. Trotz allem. Aber wie schreib man über den Krieg? „Am besten mit Humor.“ Der beste Kriegerroman aus seiner Sicht: „Der brave Soldat Schwejk“ von dem Tschechen Jaroslav Hašek. „Mit Humor, mit den Mitteln der Groteske kann man die Grausamkeit beschreiben und ertragen“, sagt Matsin. Es folgt noch ein sehr handfester Tipp, um an der Weltlage nicht irrezuwerden. Jedem im Saal drückt Matsin eine kleine Flasche in die Hand. „Estonischer Wodka, sehr gut! Ich zeige Ihnen, wie man den benutzt.“ Dreht ihn auf und trinkt. Der polnische Autor Andrzej Stasiuk hat hingegen gesammelt statt ausgegeben: Immerhin 4000 Zloty, etwa 950 Euro, kamen am Ende für seine Ukraine-Stiftung zusammen. Auch Bücher lesen hilft. Oder, wie Olaf Kühl empfiehlt: Mit allen Leuten reden.

Viktor Großmann